

S.-H. Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

24 105 Kiel, 18.08.04

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Die Vorsitzende
des Innen- und Rechtsausschusses
Landeshaus

24105 Kiel

Reventlouallee 6/ II. Stock
Haus der kommunalen Selbstverwaltung
Telefon: 0431 570050-50
Telefax: 0431 570050-54
E-Mail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Aktenzeichen: 61.00.01 Bü/Pf

**Vorab per Fax
(Fax-Nr. 0431/988-1156)**

**Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3472**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

zu dem uns übersandten Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir begrüßen, dass die Landesregierung nunmehr die Initiative der kommunalen Landesverbände aus dem Jahre 2000 zur freiwilligen Kommunalisierung der Regionalplanung aufgreift.

Allerdings war die Einigung der kommunalen Landesverbände auf einen Vorschlag zur Kommunalisierung der Regionalplanung nach langwierigen, schwierigen Verhandlungen zum Interessenausgleich zustande gekommen. Bestandteil dieses Konsenses war, dass die Zusammensetzung der Planungsversammlung einer Vereinbarung der Kreise und kreisfreien Städte zu überlassen ist, bei der eine angemessene Vertretung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der Planungsversammlung sicherzustellen ist.

Nunmehr enthält der Gesetzentwurf der Landesregierung in § 8 Abs. 4 jedoch detaillierte Vorgaben für die Zusammensetzung der Planungsversammlung. Insbesondere inakzeptabel ist aus Sicht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die in § 8 Abs. 4 Ziff. 3 vorgesehene Privilegierung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag spricht sich gegen eine bevorzugte Behandlung der Städte und Gemeinden über 20.000 Einwohner bei der Regionalplanungsversammlung aus. Diese Regelung ist auch unnötig, da der kreisangehörige Raum insgesamt über die Regelung in § 8 Abs. 5 vertreten wird. Es gibt keinen sachlichen Grund, Städte, die der Aufsicht des Innenministers unterstehen, zu bevorzugen. Eine solche Regelung würde die Geschäftsgrundlage für die Zustimmung der schleswig-

holsteinischen Gemeinden zu einer Übertragung der Regionalplanaufstellung in kommunale Trägerschaft entfallen lassen, denn sie entspricht nicht dem gefundenen Konsens.

Dies hat der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag auch in einer Stellungnahme an das Innenministerium vom Februar 2004 und in der 6. Sitzung des Landesplanungsrates am 21.06.2004 deutlich gemacht. In der vorliegenden Form entspricht der Gesetzentwurf nicht dem Vorschlag der kommunalen Landesverbände und kann sich insofern auch nicht auf die Zustimmung der Kommunen berufen. Insofern schlagen wir vor, § 8 Abs. 4 Ziff. 3 des Entwurfes zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Bülow
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied